

SPD demokratischer pressediens

P/XXV/180

24. September 1970

Die deutsche Wirtschaft unter Schiller

BRD ist das Billigpreisländ der EWG geworden

Von Dr. Klaus von Lohmeyer SPD-MdB
ehem. Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundeswirtschaftsministerium / Parlamentari-
scher Staatssekretär im Bundesministerium
für Bildung und Wissenschaft

Seite 1 und 2 / 87 Zeilen

Die Positionen sind klar

Ein Wort zu der Auseinandersetzung im
Bundestag

Von Karl Wierand MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 / 66 Zeilen

Die Fachleuten sind wichtiger

Zehn Jahre "Deutsche Stiftung für Ent-
wicklungsländer"

Seite 4 bis 6 / 126 Zeilen

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt Neues

Elfriede Nädig

Kurz informiert

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressnhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telex: 806 540/898 647
806 649 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Die deutsche Wirtschaft unter Schiller

BRD ist das Billigpreisland der EWG geworden

Von Dr. Klaus von Dohnanyi SPD-MdB

ehem. Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschafts-
ministerium, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
für Bildung und Wissenschaft

Es ist das gute Recht der Opposition, die Regierung zu kriti-
sieren. Es ist leider ihre ungute Praxis, Tatsachen zu verdrängen.

Wenn sich die Preise bewegen, dann tun sie dies nicht nur
in Schleswig-Holstein, oder in Hessen, oder in Bayern. Der wirt-
schaftliche Zusammenhang in der Bundesrepublik sorgt dafür, daß
sich Preise immer fast gleichzeitig im ganzen Land bewegen.

Was für die Bundesrepublik heute als Selbstverständlichkeit
gilt, muß für den europäischen Zusammenhang von vielen erst noch
begriffen werden. In einem Jahrzehnt EWG-Integration ist der Anteil
der anderen fünf EWG-Partner an unserer Ausfuhr von 29,5 v.H. im
Jahre 1960 auf 39,8 v.H. im Jahre 1969 gewachsen. Gleichzeitig
nahm die Bedeutung des Außenhandels am Sozialprodukt insgesamt
zu: unsere internationale Verflechtung wächst; und sie wächst
besonders schnell mit unseren EWG-Partnern.

Je enger diese Verflechtung wird, umso schwieriger muß es für
jede Bundesregierung werden, Stabilität im eigenen Land, gewisser-
maßen in der EWG-Provinz Bundesrepublik zu halten, wenn die Preis-
wellen bei unseren Partnerländern aufschäumen. Trotzdem war der
sozialdemokratische Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Karl
Schiller in seinen Stabilitätsbemühungen wesentlich erfolgreicher
als seine CDU-Vorgänger. Die Zahlen beweisen es.

In den Jahren von 1960 bis 1966 kletterte der durchschnitt-
liche Preisindex für die Lebenshaltung mittlerer Arbeitnehmerhaus-
halte in den fünf anderen EWG-Staaten (wenn man jedem einzelnen
Land sein entsprechendes Gewicht gibt) um insgesamt 26,7 Punkte. In
der Bundesrepublik stieg in diesen Jahren der entsprechende Index
um 18,9 Punkte. Der Preisanstieg in der Bundesrepublik lag also in
diesem Zeitraum der CDU-Regierung bei über 70 v.H. des Preisan-
stieges der übrigen EWG-Staaten. Anders ausgedrückt: Wenn das
europäische Ausland Preisanstiege von einer DM hatte, stiegen die
Preise bei uns um 70 Pfennige.

In den vier Jahren Wirtschaftspolitik unter Prof. Karl Schil-
ler stieg der Lebenshaltungsindex der fünf übrigen EWG-Staaten
(Für 1970 gibt es nur einschließlich Juni vergleichbare Zahlen) um
16,3 Punkte in der Bundesrepublik "nur" um 9,4 Punkte. In der Zeit
unter Schiller lag damit der Preisanstieg bei 57 v.H. des EWG-
Preisanstieges. Oder: Wenn in CDU-Zeiten auf eine D-Mark EWG-
Preisanstieg 70 Pfennige in der Bundesrepublik kamen, so kamen in
den Jahren der Wirtschaftspolitik unter Karl Schiller nur 57
Pfennige Preisanstieg auf eine D-Mark Preisanstieg in der EWG.

Gemessen am europäischen Ausland sind die Waren in der Bundes-

republik also billiger geworden. Die Urlauber wissen das.

Noch interessanter werden die Zahlen wenn man sich klarmacht, daß in CDU-Zeiten der Preisindex für die Lebenshaltung der anderen fünf EWG-Staaten von 2,8 im Jahre 1960 mit einigen starken Schwankungen auf 3,2 im Jahre 1966 stieg, während er in der Bundesrepublik von 1,4 für 1960 auf 3,5 für 1966 kletterte. Im Jahre 1966 lag also der in der Bundesrepublik seit 1960 ständig kletternde Preisindex für die Lebenshaltung schließlich zum einzigsten Mal in den 60er Jahren über dem Durchschnitt der anderen EWG-Länder!

Mit der Übernahme des Bundeswirtschaftsministeriums durch Prof. Dr. Schiller 1967 fiel der Preisindex wieder auf 1,4. Und wenn es auch richtig ist, daß der Index im Juni der EWG-Vergleich fast nur bis Juni möglich, auf 3,7 gestiegen war, so liegt der Index doch immer noch wesentlich unter dem Durchschnitt der übrigen EWG-Länder, wo er im Monat Juni 5,2 erreicht hatte. Der Erfolg des Bundeswirtschaftsministers wird unsso deutlicher, wenn man die wachsende Verflechtung der europäischen Märkte seit 1966 berücksichtigt.

Schließlich: Wenn man von 1960 bis 1966 den Trend der unter CDU-Wirtschaftsministern erfolgten Steigerungen des Lebenshaltungsindex in der Bundesrepublik betrachtet, so liegt dieser Trend genau auf der Linie der übrigen EWG-Länder bis 1970. Und das heißt doch klar: Wenn 1967 nicht eine neue Wirtschaftspolitik eingesetzt hätte, die das Preisniveau der Bundesrepublik wieder wesentlich stabiler gemacht hat als in den sechs Jahren CDU davor, dann würden wir heute - nach allen ökonomischen Wahrscheinlichkeiten - auf dem Preisniveau der übrigen EWG-Länder liegen. Und das hieße: 5,2 im Juni statt 3,7.

Niemals also seit 1960 lag die Bundesrepublik so weit unter dem Niveau der Preissteigerungen in der EWG wie in den vier Jahren Wirtschaftspolitik unter Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller. Und das gilt sogar für 1970: Immer noch liegt die Bundesrepublik um 30 % unter der Preissteigerungen in der EWG.

Nicht ein einziges Mal hat in der Zeit des SPD-Wirtschaftsministers die Preissteigerung in der Bundesrepublik die der übrigen EWG-Länder überschritten. Die traurige Bilanz einer höheren Preissteigerung in der Bundesrepublik als im übrigen EWG-Ausland bleibt dem Jahre 1966, das heißt einem CDU-Kanzler Erhard und einem CDU-Wirtschaftsminister Schäffer vorbehalten.

Niemand kann und will die Gefahr steigender Preise bagatellisieren. Und daß vier v.H. Preissteigerung viel zu viel sind, sagt diese Regierung offen. Sie kämpft zu Hause und in der EWG für Stabilität. Aber Tatsachen müssen Tatsachen bleiben. Die CDU sollte Respekt haben vor der Stabilitätsleistung dieser Regierung; besonders wenn sie einen Blick auf ihre eigene traurige Preisbilanz wirft.

Die Positionen sind klar

Ein Wort zu der Auseinandersetzung im Bundestag

Von Karl Wienand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Wer keine Kritik aushält, ist schwach. Diese Verurteilung, die der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Rainer Barzel allerdings auf die Bundesregierung gemünzt haben wollte, trifft wie ein Bumerang auf die Opposition zurück. Der Auszug, den die CDU/CSU-Fraktion am Mittwoch aus dem Bundestag-Plenarsaal demonstriert hat, ist alles andere als ein Ruhmesblatt in ihrer Geschichte.

Politik ist ein hartes Geschäft und Parlamentsdebatten haben den Zweck, Standpunkte so klar und so deutlich zu machen, wie das nur irgend möglich ist. Die CDU/CSU hat es sich niemals verkniffen, ihre kritische Meinung über die SPD so zu artikulieren, daß auch im letzten Einöddorf kein Zweifel mehr darüber bestehen konnte, wie die Unionssprecher die sozialdemokratische Politik beurteilen oder verurteilen. Man braucht die Beweise für diese Hemdsärmeligkeit gar nicht erst in urigen Ausbrüchen der CSU-Agitation zu suchen. Auch nördlich der Mainlinie wissen CDU-Politiker der SPD zu zeigen, was eine politische Harke ist. Und das pausenlose Schüren der Inflationsangst, das die CDU/CSU auf einem Tiefstand ihrer Agitationshysterie zeigt, ist schließlich nicht mehr als ein neuer und an sich überflüssiger Beitrag zu der Radauschiägerei, hinter der sie nur mühsam ihre Wut verbirgt, daß sie aus zwanzigjährigen Machtpositionen in Bonn auf die so harten Oppositionsbänke verdrängt worden ist. Kein Demokrat wird daran denken, berechnete Kritik abzulehnen oder gar abzuwürgen. Aber eine Kritik um der bloßen Kritik willen und zudem eine Kritik, die ohne Scham ausschließlich auf die Schlitzes der hessischen und bayerischen Landtagswahlen zielt, ist zu beklemmender politischer Belastung geworden. Es muß endlich einem Treiben Einhalt geboten werden, das zweifellos geeignet ist, an den Grundfesten von Staat und Gesellschaft zu rütteln.

Wenn die CDU/CSU jetzt verkündet, sie werde sich nicht einschüchtern lassen und weiter ihre Meinung sagen, dann wird sie zur Kenntnis nehmen müssen, daß sie einer Bundesregierung und Koalitionsparteien gegenübersteht, die fair, aber hart entschlossen sind, auf einen groben Klotz einen groben Keil zu setzen. Je schneller man sich in den Zentralen der CDU und der CSU darauf einrichtet, desto besser. Der Monopolianspruch der CDU/CSU, der diese zwanzig Jahre lang die bundesdeutsche Geschichte und Politik belastet hat, ist auch auf diesem Gebiet zu Ende. Die CDU und CSU sind Parteien wie andere auch, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Und wer sie kritisiert, wenn sie es verdienen, der begeht kein Sakrileg, sondern rückt zurecht, was zurecht gerückt werden muß.

+ + +

Die Facheliten sind wichtiger

Zehn Jahre "Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer"

Die "Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer" hat in der Berliner Kongreßhalle ihr zehnjähriges Bestehen begangen. Dabei wurden in Gegenwart des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Erhard Eppler SPD-MdB, von Abgeordneten des Deutschen Bundestags und von amtlichen Staatsvertretern aus afrikanischen und asiatischen Staaten, von Fachleuten aus Ländern der Dritten Welt die großen, offenen Weltfragen angerührt und dabei die Sozialstrukturen ihrer Länder in Frage gestellt.

Was ist eigentlich die "Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer", die von Zuwendungen des Bundes lebt, wie es so schön in amtlichen Finanzdeutsch heißt? Aktuell darf zunächst gesagt werden, daß sie wandelbar ist und offensichtlich eine Wandlung zu einem internationalen Informationszentrum und Diskussionsforum für Fachleute durchgemacht hat, die den Massen der Dritten Welt aus ihrem Elend helfen wollen. Historisch gesehen ist sie 1959/60 von Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen gegründet worden, als die Politiker der Bundesrepublik die Welt außerhalb der Verteidigungsbündnisse entdeckten und ihnen die Spannungen außerhalb Europas in jenen Bereichen bewußt wurden, die wir heute unter dem Begriff der Dritten Welt zusammenfassen. Damals bestand schon das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, für das die "Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer" wohl ein Kommunikationsinstrument sein sollte. Wenn man nach dem Sinn der deutschen Entwicklungshilfe fragte, dann gipfelte die Antwort in der ernst gemeinten Beteuerung, bei diesen deutschen, in die Millionen gehenden Hilfeleistungen gehe es eigentlich nur im deutschen Handelsinteresse um die Schaffung zukünftiger Märkte für den deutschen Export. Das könne man bewerkstelligen, indem die Zauberer des deutschen Wiederaufbaus "denen da draußen" mal zeigten, wie man mit Technik und Tüchtigkeit, was bald Management genannt wurde, moderne Produktionen usw. auf die Beine stellen könne.

Die "Deutsche Stiftung" wurde unter dieser Sicht zu einem Hauptträger der deutschen Technischen Hilfe für die Entwicklungsländer, denn die Vermittlung des know-how gehört nach der Kategorisierung der Entwicklungshilfe der Bundesrepublik in den Verwaltungsbereich der Technischen Hilfe. Es begann mit den Seminaren für Führungskräfte aus der Dritten Welt, die in der Villa Borsig in Berlin-Fegeln, einem pompösen Gebäude aus der Wilhelminischen Gründerzeit, stattfanden. Dort wurde diskutiert, wie man den oxsengezogenen Holzpflug durch traktorenggezogene Eisenpflüge ablösen, wie man asiatische oder afrikanische Bauern zur Verwendung von Kunstdünger bewegen, wie man in Afrika eine Eisenbahn-Union schaffen oder wie Wüstengebiete in Lateinamerika bewässert und fruchtbar gemacht werden könnten usw. Bisher sind in 125 Seminaren mit rund 3.300 Führungskräften aus über 90 Entwicklungsländern solche und andere Infrastruktur-Änderungsprobleme eben im

Seminarstil, in Vorlesung und Praktikum also, bearbeitet worden.

Inzwischen gibt es vier Zentralstellen, in denen Spezialisten, die nicht unter dem Begriff Führungskräfte rangieren, mehr praktische Dinge beigebracht werden. In und über die Zentralstelle für Öffentliche Verwaltung in Berlin werden Verwaltungsbeamte aus der Dritten Welt ausgebildet. Die Zentralstelle für gewerbliche Berufsförderung in Mannheim bildet sog. Counterparts aus, das sind einheimische Gewerbelehrer für die von der BRD in der Dritten Welt gegründeten Gewerbeschulen. In und über die Zentralstelle für Landwirtschaft in Feldafing machen sich Landwirtschaftsspezialisten einfacher Ausbildung und auch Akademiker mit moderner Agrarwirtschaft und Tierzucht vertraut. Und die Zentralstelle für Auslandskunde in Bad Honnef bereitet in Drei-Monatskursen deutsche Experten und ihre Ehefrauen für ihr Leben in Ländern der Dritten Welt sprachlich und sozialpsychologisch vor und schult sie darin, wie sie sich klug und sinnvoll unter Asiaten, Afrikanern oder Lateinamerikanern verhalten. Die Zentralstelle für Verwaltung hat, z. B. auch im Ausland, 200 Seminare und Fortbildungsprogramme für 2.700 Teilnehmer durchgeführt, die Mannheimer Zentralstelle 16 Counterpartprogramme für 1.000 Teilnehmer, Feldafing 400 Fortbildungsprogramme für 2.500 Teilnehmer und Honnef 520 Kurse für rd. 4.600 Teilnehmer, die Unterabteilung Erziehung und Wissenschaft in Bonn 250 internationale Tagungen und Expertengespräche für 8.800 Teilnehmer usw. vorwiegend Deutsche. Die ebenfalls in Bonn beheimatete "Zentrale Dokumentation" sammelt Materialien und Informationen in zentralen Registern über Institutionen und Organisationen, die sich mit Entwicklungshilfe bzw. Entwicklungsländern befassen, über Veranstaltungen zur Entwicklungsländer-Themen, Experten mit Auslandserfahrung, Forschungsarbeiten usw.

Auf der Berliner Zehnjahres-Gründungsfeier sprachen außer Bundesminister Dr. Eppler und dem deutschen Schriftsteller Jan-Heinz Jahn nur kritische Fachleute aus der Dritten Welt, wobei der jetzt in Mexiko beheimatete Dr. Illich - 1926 in Wien ge-

borene Sohn eines katholischen Dalmatiners und einer lutherisch getauften, deutschen Jüdin - eigentlich aus Europa stammt. Die Historikerin Francis Mayfield Bailor aus Sierra Leone nannte es eine Verschwendung der deutschen Hilfe, wenn man den deutschen Standpunkt über Entwicklungspolitik in die Entwicklungsländer zu exportieren suche. Frau Prof. Abadan, Lehrstuhlinhaberin an der Fakultät für politische Wissenschaften an der Universität Ankara, forderte eine Veränderung der Sozialstrukturen in den Entwicklungsländern, und der Pakistani Dr. Mullick, seit Juli 1970 Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel brachte auch in Berlin seine bekannte Forderung nach einer zinslosen Kapitalhilfe vor. Janheinz Jahn - 1966 bis 1968 Generalsekretär des Deutschen PEN-Zentrums der Bundesrepublik, Verfasser vieler Bücher über Afrikaner, gegenwärtig Lehrbeauftragter für neofrikanische Literatur an der Universität Frankfurt - wies Interessierte auf die Literatur Afrikas hin. In den Romanen sei mehr über das Geschehen in Afrika zu finden als in Regierungserklärungen.

In Berlin sprach nicht das Establishment, sondern kritische Fachleute, und vor allem Fachrepräsentanten aus der Gesellschaft der Geberländer, also keine Vertreter der Herrschaftseliten. Sie sprachen, und die Deutschen hörten meist zu. Gerhard Fritz, der Kurator der "Deutschen Stiftung", sagte vor kurzem, die Villa Borsig in Berlin sei einer der wenigen Orte in der Bundesrepublik, wo ausschließlich über die dringenden Fragen der Anderen mit den Anderen diskutiert werden könne. Die Führungsseminare der "Deutschen Stiftung" hätten in den vergangenen Jahren weniger dem Erfahrungsaustausch mit schnell zirkulierenden Eliten politischer, militärischer und revolutionärer Art gedient, sondern mehr mit jener Intelligenz, die auf Grund ihres fachlichen Könnens Gestaltungsverantwortung trage und deshalb kaum den Herrschaftsrotationen unterliege. Die Internationalen Seminare sollten deshalb gegenüber den heimtlichen Politikern das Selbstbewußtsein der Facheliten stärken und eventuell sogar deren Frustration abbauen.

Heinz Ockhardt